



Festschrift

60 Jahre

politischer Liberalismus in Hamburg

Inhalt

Vorwort	Seite 3
<u>I. Beiträge</u>	
Reaktionen und Positionen der Freien Demokraten in Hamburg auf politische Entwicklungen seit 1945 von Dr. Beate-Carola Padtberg	Seite 4
Gründung und Geschichte der FDP in Hamburg bis 1949 von Leif Schrader	Seite 25
<u>II. Übersichten</u>	
Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft	Seite 30
Abgeordnete der Hamburger FDP im Deutschen Bundestag	Seite 31
Mitglieder der FDP im Senat der Freien und Hansestadt Hamburg	Seite 32
Landesvorsitzende der Hamburger FDP	Seite 33

Vorwort

Vor 60 Jahren, nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, schlossen sich engagierte und vielfach aus dem deutschen Widerstand stammende Liberale in Hamburg zu einer neuen liberalen Partei zusammen. Das Erinnern daran und die Freude darüber, dass aus dieser Gründung eine Partei von tragender Kraft für die Bundesrepublik und das wiedervereinte Deutschland erwuchs, ist Anlass für die Festschrift.

Besonderer Dank gebührt der Autorin des Hauptbeitrages, Frau Dr. Beate-Carola Padtberg, die ein weiteres Mal ihre großen historischen Kenntnisse und ihren politischen Sachverstand zu einer würdigenden, informativen aber auch fordernden Analyse zusammengestellt hat. Ebenso zu danken ist den Autoren und Sammlern historischer Quellen über die Hamburger FDP, besonders Frau mag. theol. Dorothee Oetzmann, aus deren Darstellung in der Schriftenreihe der Dr. Emilie Kiep-Altnloh-Stiftung der zweite Beitrag viele Fakten schöpft.

Blickt man heute auf die Anfänge zurück, lässt sich ohne weiteres resümieren, dass die FDP den Idealen ihrer Gründung treu geblieben ist – obwohl sich das Wort Liberal noch an keiner Stelle in den Programmen und Satzungen findet. Entscheidend ist das Menschenbild, von dem Freie Demokraten damals wie heute ausgingen. Dies lässt unsere Gründer schon im ersten Programm fordern, den Staat zu verschlanken und ehrenamtliches Engagement zu fördern, alle Bürger in ihrer Jugend zur sittlichen Selbstverantwortung zu erziehen und eine freie Wirtschaft zu bilden, die gleichwohl die Gesellschaft nicht schädigen darf.

Manche der angesprochenen Forderungen sind so aktuell wie selten zuvor. Im 60. Jahr nach ihrer Hamburger Gründung weiß sich die FDP bundesweit im Aufwind. Es sind diese politischen Punkte, die das Profil der FDP bilden und mit denen eines der besten Bundestagswahlergebnisse gelang. Sie herauszustellen und mit ihnen für den Wiedereinzug in die Bürgerschaft zu werben, ist die Aufgabe die vor uns liegt.

Hamburg, im Dezember 2005

Leif Schrader

Landesvorsitzender

Reaktionen und Positionen der Freien Demokraten in Hamburg auf politische Entwicklungen seit 1945

Ein landespolitischer Vergleich von Beate-Carola Padtberg

1. Die Gründungssituation: Traditionslinien beim ‘Neuanfang‘

Die Deutschen, die den Zweiten Weltkrieg irgendwie überstanden haben und nun großenteils in zerbombten Städten, in Notunterkünften und Flüchtlingslagern leben müssen, die häufig Familienangehörige und ihren Besitz - viele auch die Heimat - verloren haben, wollen nur noch überleben. Die nationalsozialistische Ideologie und ihre entsetzlichen Folgen werden von den meisten, bewusst oder unbewusst, verdrängt. Sie wollen durch Zupacken den Wiederaufbau meistern und wenden sich deshalb betont sachlich den materiellen Alltagsfragen zu. Dabei findet eine Anknüpfung an die verschüttete bürgerliche Moral des späten Kaiserreichs statt, die verbunden ist mit einer neuen moralischen Prüderie und der Beschwörung einer heilen Welt in Familien- und Heimatfilmen. Auch die verschiedenen Parteien, die sich mit Einwilligung der Alliierten bereits 1945 bilden dürfen, erarbeiten auf der Grundlage unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte nur zeitbezogene, kurzfristige Arbeitsprogramme für den Wiederaufbau.

Folglich bilden sich in den vier Besatzungszonen auf lokaler und regionaler Ebene auch liberale Parteien als mittelbare Nachfolgeorganisationen der Deutschen Demokratischen Partei bzw. der späteren Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei, allerdings mit neuen, zeitweise bewusst unterschiedlichen Namen. Zum Teil wird dabei, bedingt durch einige bereits früher politisch tätige Gründungsmitglieder sowie durch regionale Traditionen, eine Fortsetzung des jeweiligen Programms aus der Weimarer Republik angestrebt; zum Teil sammeln sich jedoch auch politisch engagierte Menschen, die weder in einer christlichen noch in einer sozialistischen Partei organisiert sein wollen, die aber nicht traditionell liberal denken. Die regionalen Gründungssituationen sind daher sehr unterschiedlich und die neuen Parteien werden durch ein liberal-demokratisch geprägtes Denken im Südwesten oder eine traditionell national-liberale Abwehr gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen und Hessen oder durch spezielle lokalpolitische Konstellationen wie in

Bremen und Rheinland-Pfalz - wo jeweils zwei liberale Parteien entstehen - nachhaltig bestimmt.

Bereits im Juni 1945 gründen die ehemaligen DDP-Minister Wilhelm Külz und Eugen Schiffer in der sowjetisch besetzten Zone die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Diese Partei bekennt sich nachdrücklich zur Privatwirtschaft, kann sich sehr schnell flächendeckend organisieren und so bei den Landtagswahlen im Oktober 1946 sogar die CDU mit insgesamt 2,4 Mio. Wählern übertreffen. Die LDP wird in Thüringen und Sachsen zur führenden Partei und stellt in Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten.

Seit Herbst 1945 entsteht in Württemberg-Baden erneut die Demokratische Volkspartei, die dort bereits seit 1864 als parteipolitische Vertretung des Liberalismus regional verwurzelt ist. Eine Wiederbelebung in diesem Geiste wird durch Theodor Heuss, Wolfgang Haußmann und Reinhold Maier stark gefördert und so erhalten die Reformgedanken Friedrich Naumanns hier neue Aktualität. Auch die DVP beginnt erfolgreich, denn die amerikanische Besatzungsmacht hat Reinhold Maier 1945 zum Ministerpräsidenten und Theodor Heuss zum "Kultminister" ernannt, beides ehemalige Reichstagsabgeordnete der DDP/Dt. Staatspartei. Bei der Landtagswahl im November 1946 erzielt die wiederbelebte Demokratische Volkspartei fast 20 Prozent der Stimmen und Reinhold Maier bleibt Ministerpräsident.

In Mittel- und Südbaden bekleidet der Landesvorsitzende der Demokratischen Partei, Paul Waeldin, in der Regierung Wohlleb 1946/47 das Finanzressort. In Südwürttemberg-Hohenzollern ist die dortige DVP 1946-1949 in den Regierungen Carlo Schmid und Lorenz Bock mit Eberhard Wildermuth als Wirtschaftsminister vertreten.

Auch die Neugründungen in den Hansestädten Hamburg und Bremen erfolgen aus einer liberal-demokratischen Tradition. Am 20. September 1945 entsteht in Hamburg die Partei Freier Demokraten als Anknüpfung an die Weimarer DDP und als Weiterführung eines Widerstands- und Nachkriegs-Bundes Freies Hamburg, mit Christian Koch als 1. Vorsitzenden und mit Willy Max Rademacher als künftigem parteipolitischen Mentor. Bei den ersten Wahlen im Oktober 1946 erzielt diese Partei zwar 18,2 Prozent der Stimmen, aber wegen des britischen Mehrheitswahlrechts nur 7 von 110 Sitzen. Im Senat ist sie 1945/46 unter Rudolf Petersen mit Dr. Hans-Harder Biermann-Ratjen als Kultursenator, derzeit noch parteilos, und im ersten Senat Max Brauers 1946-1949 mit ihrem Landesvorsitzenden

Christian Koch als Zweitem Bürgermeister, Ludwig Hartenfels als Kultursenator sowie Johannes Büll als Bausenator vertreten.

Im Oktober 1945 wird die Bremer Demokratische Volkspartei gegründet, aber im Juni 1946 bildet sich dort zusätzlich eine betont linksliberale Freie Demokratische Partei Bremen. Nach der Bürgerschaftswahl 1947 verbinden die insgesamt 17 Abgeordneten sich zu einer gemeinsamen Fraktion. Im Senat ist die BDVP unter den Bürgermeistern Wilhelm Vagts und Wilhelm Kaisen 1946-1948 mit Dr. Theodor Spitta, Wilhelm Nolting-Hauff und Hermann Apelt sowie Wilhelm Harmssen präsent, wobei die Genannten die Ressorts Justiz, Finanzen, Häfen und Außenhandel verwalten.

Die Freie Demokratische Partei, die im Mai 1946 in Bayern entsteht und von dem ehemaligen DDP-Politiker Thomas Dehler angeführt wird, erreicht bei der Landtagswahl 1946 allerdings nur 5,7 Prozent der Stimmen.

Dagegen versteht sich die Liberal-Demokratische Partei in Hessen unter ihrem Vorsitzenden August Martin Euler als bürgerlich-nationale Sammlung rechts von der CDU und als Gegnerin der Sozialdemokratie sowie der Gewerkschaften. Bei der Landtagswahl im Dezember 1946 gewinnt auch die LDP fast 16 Prozent - besonders in ländlichen Regionen, und beteiligt sich an der zweiten Regierung Karl Geilers 1946 mit Rudolf Mueller als Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Auch in dem neu gebildeten Land Nordrhein-Westfalen betonen die unterschiedlich und stark regional orientierten Parteien, die seit 1945 unter verschiedenen Namen entstehen, eine gemeinsame bürgerliche und nationalliberale Tradition. Ihr Zusammenschluss zu einem Landesverband der Freien Demokratischen Partei im Mai 1947 beruht auf dieser Orientierung und ihr Vorsitzender Friedrich Middelhaue prägt die Partei durch seine oppositionelle Haltung zur Sozialdemokratie und zu den christlichen Kirchen. Bei der Landtagswahl 1947 erhält die FDP 5,9 Prozent der Wählerstimmen, das sind 12 Mandate. Hier wird der FDP-Zonenpartei-vorsitzende Franz Blücher im ersten und zweiten Kabinett Rudolf Amelunxens 1946-47 Finanzminister.

In Niedersachsen ist die FDP zunächst in dem von der britischen Besatzungsmacht ernannten Landtag von Hannover mit 6 Mandaten vertreten, nach der Landtagswahl vom April 1947

dann mit 13, das sind 8,8 Prozent. In der ersten niedersächsischen Landesregierung unter Heinrich Wilhelm Kopf 1946/47 stellen die Liberalen mit Theodor Tantzen aus Oldenburg den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Verkehrsminister. Ihm folgt 1947 Ernst Martens. In der zweiten Regierung Kopf 1947/48 amtiert dann Johannes Albers als Minister ohne Geschäftsbereich.

Die Demokratische Partei Rheinland-Pfalz, die im April 1947 durch einen Zusammenschluss des Sozialen Volksbundes für Hessen-Pfalz und der liberalen Partei des Rheinlandes entsteht, wächst erst 1948 zu einem Landesverband zusammen. Bei der ersten Landtagswahl treten die beiden Parteien noch getrennt an: der SV bekommt 6,2 Prozent und die LP 3,6 Prozent.

Fazit:

Die neuen liberalen Landesverbände sind also zwischen 1945 und 1949 an fast allen westdeutschen Landesregierungen beteiligt, teilweise sogar an führender Stelle - bis auf die Länder Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Die Entscheidung der Hamburger Freien Demokraten 1946 für eine Koalition mit der SPD hat folglich nur zum Teil die häufig zitierten traditionellen Gründe, sondern war ein Gebot der Stunde: die Liberalen wollten den demokratischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau überall maßgeblich mitgestalten.

Sicher haben hier der historische Brückenschlag von 1906 zwischen 'linksliberalem' Bürgertum und sozialdemokratischer Arbeiterschaft, der ja ganz im Sinne Friedrich Naumanns stattfand, und die fortwährenden Koalitionen zwischen der DDP und der SPD von 1919 bis 1933, ein breites Fundament des Vertrauens hinterlassen. Sicher haben dabei die führenden Sozialdemokraten den klassenkämpferischen Ansatz zugunsten einer pragmatischen Kooperationspolitik hinten anzustellen gelernt und waren zu Partnern geworden. Insofern liegt in dieser Vorgeschichte sicher auch eine von mehreren Erklärungen für spätere Koalitionsentscheidungen zugunsten der SPD, die überdies seit 1947 selbst vermehrt bürgerliche Wähler anspricht und sich so auch den Freien Demokraten annähert, sie dabei allerdings zugleich schwächt.

Aber der Drang der liberalen Nachkriegspolitiker 1945/46 möglichst überall an der jeweiligen Regierung beteiligt zu sein, selbst mit wenigen eigenen Abgeordnetenstimmen im Rücken, und die häufige Wahl des Wirtschafts-, Finanz- und Baurechts oder der Kulturpolitik sind keine zufälligen Häufungen von individuellen oder landespolitischen Umständen, sondern bewusste Entscheidungen aus einer politischen Geisteshaltung heraus. Die erzwungene

politische Abstinenz während des Dritten Reiches, die unterschiedlichen Demokratisierungsprogramme der Besatzungsmächte und die Not der breiten Bevölkerung werden als moralische Verpflichtung zum Gestalten empfunden - landauf und landab.

Diese doch recht unterschiedlichen liberalen Parteiorganisationen bemühen sich überdies schon früh um einen Zusammenschluss als Zonenverbände in den drei westlichen Besatzungsgebieten, also um Erfahrungsaustausch und um Vernetzung. Das gelingt, während eine gesamtdeutsche liberale Partei - die Demokratische Partei Deutschlands - nur von März 1947 bis Januar 1948 formal existent bleiben kann.

Trotz mancher regional und menschlich bedingter Unterschiede zeigt ein Programmvergleich zwischen den Landesverbänden für diese Anfangszeit wesentliche Übereinstimmungen:

Alle treten für die Grund- und Freiheitsrechte in einem demokratischen Rechtsstaat ein, für Selbstverwaltung auf den verschiedenen Ebenen, für das Berufsbeamtentum, für eine Trennung von Staat und Kirche sowie für Gemeinschaftsschulen. Alle wollen der liberalen Grundüberzeugung von einer freizügig und privat organisierten Wirtschaft als Prinzip für den Wiederaufbau Deutschlands erneut Geltung verschaffen. Durch diese Haltung geraten die liberalen Parteien in einen wirtschaftspolitischen Gegensatz zu den sozialdemokratischen Sozialisierungsplänen und teilweise auch zu christlichen Sozialismusideen in der CDU.

Auch die Partei Freier Demokraten in Hamburg fordert in ihrem ersten Programm neben der "Wiederherstellung der Gewissens-, Presse-, Rede-, Versammlungs- und Bekenntnisfreiheit" sowie der "Sicherstellung der Versorgung mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Gegenständen" die "Wiederherstellung der freien Wirtschaft" und die "Errichtung eines sozialen Staates, der den schaffenden Menschen von der Sorge vor Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter freihält und sich tatkräftig aller Opfer des Krieges annimmt".

Im August 1946 folgen eigene "Programmtische Leitsätze" mit konkreten Aussagen zum Aufbau eines demokratischen Staates, einer freizügigen Volkswirtschaft und einer geistesfreien Kultur, die aber auch Bekenntnisse enthalten wie z.B.:

- Die FDP ist eine Partei der Arbeit.
- Monopolartige Besitzhäufung in der Hand kleiner Gruppen darf darum im Volksstaat nicht geduldet werden.

- Das Recht auf Arbeit schließt darum den Anspruch auf freie Berufswahl ein.
- Privatschulen, welche die Kinder nach Stand, Vermögen und Bekenntnis der Eltern absondern, lehnen wird ab.

Derartige Forderungen dürfen wir heute nicht überbewerten, sondern müssen sie auf dem zeitgeschichtlichen Hintergrund relativieren; denn für die Parteiaktiven standen zu dieser Zeit praktische Lösungen aller tagespolitischen Probleme immer im Vordergrund - nicht aber das grundsätzliche Diskutieren und Abfassen von Programmen. Außerdem war es allgemein üblich auch emotionale Forderungen zu stellen, die sachlich betrachtet weder als Programmpunkt gefordert werden können noch in die jeweilige Parteilinie passen. Dennoch fällt mir auf, dass diese beiden frühen Hamburger Programme starke soziale - ja, aus heutiger Sicht "sozialdemokratische" - Akzente enthalten, sowie eine mehrfach prononciert geforderte Verurteilung der nationalsozialistischen Täter sowie die Entfernung aller Mittäter aus dem öffentlichen Leben.

2. Die erste Richtungsentscheidung: Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot?

Die liberalen, demokratischen Parteien aus den nicht sowjetisch besetzten Teilen Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin treffen sich am 11. und 12. Dezember 1948 zu einem 'Gesamt-Vertretertag' in Heppenheim an der Bergstraße. Dieses Treffen steht unter dem Motto "Einheit in Freiheit" und dient dem westdeutschen Zusammenschluss aller liberalen Landesparteien zu einer Bundespartei.

Heppenheim ist für den deutschen Liberalismus ein historischer Ort, weil dort bereits 1847 durch ein überregionales Treffen und ein Grundsatzprogramm politische Weichen gestellt wurden. Hier gelingt es 1948 endlich, die traditionelle Spaltung des Liberalismus in liberale Demokraten und Nationalliberale zu überwinden und beide Flügel zusammenzuführen.

In der Präambel der Heppenheimer Proklamation steht unter anderem:

"Damit ist die organisatorische Grundlage geschaffen für die Sammlung der politischen Kräfte, die den Gedanken der Freiheit und des Persönlichkeitsrechtes zum Richtmaß aller Entscheidung erheben. Selbstverantwortung und Achtung vor der Menschenwürde aller sollen

die Lebensordnung für Volk und Welt bestimmen. Dies ist der Weg der FDP zu Freiheit, Frieden und Sicherheit für Deutschland in einem geeinten Europa.“

Danach folgt eine Erklärung zu „dringlichen Tagesfragen“, die dann auch auf dem ersten Bundesparteitag in Bremen 1949 im Vordergrund stehen und eine Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner bedeuten; jede grundsätzliche Aussage wird vermieden.

Denn bereits hier zeichnet sich der spätere Grundsatzkonflikt im “Memorandum zur Flaggenfrage“ ab, da die Partei in dieser Zeit sowohl die Farben Schwarz-Rot-Gold als auch Schwarz-Weiß-Rot auf ihren Fahnen zeigt.

Der Bremer Parteitag beschließt 1949 dazu:

“Die Freie Demokratische Partei erkennt die Flagge Schwarz-Rot-Gold als die Fahne des neuen Deutschland an. Der schwarz-weiß-roten Fahne wird sie immer ein ehrfurchtsvolles Gedenken bewahren. Es wird die Aufgabe des deutschen Volkes sein, durch seine Leistungen die geschichtliche Würde der Farben Schwarz-Rot-Gold zu bestätigen. Dann wird die alt-neue Fahne als Zeichen einer neu gewonnenen Einheit ihre Herberge im Herzen unseres gesamten Volkes finden.“

Dieser sprachliche Kompromiss spiegelt die ungeklärte Standortfrage der FDP deutlich wider; aber die interne Diskussion über nationalistische Tendenzen wird von der Führung der Bundespartei, den Ministern im Kabinett Adenauer und den meisten Bundestagsabgeordneten unwillig bis opportunistisch geführt - ja, muss ihnen regelrecht aufgezwungen werden.

Ein massiver Vorstoß dazu erfolgt am 28. September 1950 aus Hamburg, als der Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Edgar Engelhard, im Alleingang ein achtseitiges Diskussionspapier an die Mitglieder der Bürgerschaftsfraktion, des Vorstandes und des Landesausschusses des Hamburger Landesverbandes sowie an den Vorstand der Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand der FDP verschickt. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: Freie Demokratische Partei 1. 614-2/10 1. 4 A.134.)

Dieses Streitpapier über beunruhigende nationalistische Entwicklungen in einigen Landesverbänden entfacht jedoch weniger die gewollte inhaltliche Diskussion über die Standortfrage der Partei, sondern bringt Edgar Engelhard wegen der indiskreten Form eines vervielfältigten Rundschreibens vielmehr persönliche Kritik ein. Führende Mitglieder der Landesverbände in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen wählen den Weg der

persönlichen Diffamierung und sammeln Material für ein Parteiausschluss-Verfahren gegen Edgar Engelhard.

Am 4. November 1950 verschickt der Hamburger Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Schäfer eine „Persönliche Antwort auf den Rundbrief von Edgar Engelhard vom 28.9.1950“ - ebenfalls indiskret vervielfältigt, aber ohne die unter Parteifreunden übliche Anrede sowie ohne Angabe der Adressaten. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: wie oben zitiert)

Auf diesen umständlichen Versuch viele Kritikpunkte zu relativieren - ja, wegzudeuteln - erhält Schäfer am 2. Dezember 1950 von Engelhard nur eine kurze Antwort, in der dieser einzig auf die im letzten Absatz angedeuteten Verdächtigungen über seine sachfremden bzw. geheimen Motive eingeht und jede sachliche Diskussion über strittige Inhalte von einer Rücknahme dieser Unterstellungen abhängig macht. (Staatsarchiv Hamburg: Bestand: wie oben zitiert)

Auf dem Landesausschuss der Hamburger Freien Demokraten am 20. Januar 1951 gibt Edgar Engelhard dann eine „Erklärung“ ab, in der er die FDP als „Partei der Mitte und des Ausgleichs, des sozialen Fortschritts und der politischen und wirtschaftlichen und kulturellen Freiheit“ definiert. Folglich kritisiert er, dass sie inzwischen „auf den Weg nach rechts gedrängt ist und sich in einigen Gegenden Deutschlands anschickt, eine Sammlungsbewegung des rechtsgerichteten Bürgertums mit oft nationalistischer Prägung zu werden.“ Lediglich die eigene Parteiführung suche diesen Vorgang zu bagatellisieren, während die politische Öffentlichkeit dies allgemein thematisiere. Seine „Erklärung“ schließt mit einem Appell an die Hamburger Bürger, durch ihren Eintritt die Partei zu stärken:

„Im Sinne der Tradition von Platen und Carl Petersen.

Für den sozialen und kulturellen Fortschritt.

Für die individuelle und wirtschaftliche Freiheit.

Für eine klare Absage an jede Form eines neuen Nationalismus.

Für eine echte liberale Renaissance!“

Auf dem Durchschlag des Originals ist diese Erklärung außerdem von Dr. Hans-Harder Biermann-Ratjen, Harald Abatz, Emmy Beckmann, Dr. Lieselotte Anders und Max Dibbern abgezeichnet worden. Veröffentlicht wurde sie dann in hoher Stückzahl nur unter Engelhards Namen. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: FDP 1. 614-2/10 1. A. 136.) Natürlich

veröffentlichte die Presse trotzdem zutreffende Vermutungen über die Gruppe hinter Engelhard. (“Die Welt“ und “Freie Presse“ vom 23.1.1951)

Diese Erklärung wird von den Delegierten ohne Diskussion zur Kenntnis genommen und später vom Landesvorsitzenden Willy Max Rademacher als endgültige Bereinigung einer seit Monaten schwelenden Auseinandersetzung interpretiert. (vgl. “Die Welt“ vom 23.1.1951: “Um den Kurs der FDP“ - Engelhard fordert Rückkehr der Partei auf den ‘alten Weg‘.)

Dagegen begrüßen die Hamburger Jungdemokraten, deren Vorsitzender Engelhard gewesen war, in einer Erklärung vom 24. Januar 1951 jede offene Auseinandersetzung über den Kurs der Partei, widersetzen sich aber allen Spaltungstendenzen. (Staatsarchiv Hamburg. Teilnachlass Kiep-Altenloh 622-1. 191-19)

Genau diese offene Auseinandersetzung bleibt jedoch aus und so verschickt der Hamburger Landesverband am 29. Mai 1951 erneut ein “Rundschreiben“, um jetzt die Mitgliedschaft ehemaliger Nationalsozialisten im Landesverband Niedersachsen mit Nachdruck zur Sprache zu bringen. Der Erfolg muss gering gewesen sein, denn am 15. September 1951 legen Landesverband und Fraktion in einem neunseitigen Rundschreiben eine detaillierte Material- und Namenssammlung mit dem Titel “Vorkommnisse innerhalb der FDP Niedersachsen“ vor. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: FDP 1.614-2/10 1. A. 136)

Diese Anklageschrift übersenden die Hamburger Liberalen nicht nur an den Bundesvorstand sondern auch an alle Vorstandsmitglieder in den anderen Landesverbänden und in den Landtagsfraktionen, verbunden mit der dringlichen Bitte um Rückäußerung. Die Antworten erfolgen nur zögerlich - teilweise gar nicht - und sind rein formal abgefasst: denn für diese Diskussion seien allein der Bundesvorstand bzw. der Hauptausschuss die zuständigen Gremien. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: wie oben, aber A. 137)

Auch der Bundesvorstand geht mehr auf die missliebige Form der vervielfältigten Rundschreiben, der eigenen Nestbeschmutzung und einer drohenden Pressekampagne ein, als auf die inhaltliche Kritik an neo-nazistischen Entwicklungen, wie ein ‘streng vertraulicher‘ Brief des Parteivorsitzenden Franz Blücher vom 16. Oktober 1951 beweist. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: wie oben, aber A. 135)

Bezeichnenderweise schickt Blücher diese Abmahnung ‘An den Zweiten Vorsitzenden des Landesverbandes Hamburg. Herrn Wilhelm Lindemann’ - übergeht dabei den Fraktionsvorsitzenden Engelhard und übersendet erst nachträglich eine Abschrift an den Landesvorsitzenden Rademacher. Dieser entschließt sich dann am 12. November 1951 zu einer grundlegenden Erwiderung - natürlich ebenfalls ‘Streng vertraulich! Persönlich!’, in der er deutliche Worte der Kritik sowohl an Blüchers politisch unklarem Kurs als auch an seinem unaufrichtigen Umgangsstil übt. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: wie oben zitiert)

Unklar bleibt, wann die Hamburger ihr gesamtes Beweismaterial über die nationalsozialistische Vergangenheit führender Parteimitglieder in Niedersachsen und diesem Geist entsprechende programmatische Aussagen bei öffentlichen Veranstaltungen an den Bundesvorsitzenden Franz Blücher gegeben haben. Ein Aktenvermerk Edgar Engelhards vom 30. Januar 1952 - als Antwort auf eine Anfrage Emilie Kiep-Altenlohs vom 19. Januar 1952 - besagt nur, dass dieses Material bereits vor einiger Zeit gegen Quittung übergeben wurde. Die Quittung selbst trägt kein Datum. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: wie oben, aber A. 136)

In diese Korrespondenz zwischen Blücher, Lindemann und Rademacher erhält Edgar Engelhard erst am 9. Januar 1952 Einsicht, was eindeutig gegen das ‘Gentleman-Agreement’ der Hamburger verstieß, sich stets unverzüglich gegenseitig informieren. Überdies entwickelt sich eine Kontroverse über die richtige Deutung und die weitere Verwertung zwischen Lindemann und Engelhard. Am 18. Januar 1952 droht Engelhard seinem Stellvertreter Lindemann dann mit der Niederlegung des Fraktionsvorsitzes, weil er nicht gewillt sei, sich “düpiieren zu lassen“. (Staatsarchiv Hamburg. Bestand: wie oben, aber A. 135)

Aber die gefährlich anwachsenden Konflikte in der Bundespartei zwingen bald alle Hamburger Freien Demokraten zu einmütigem Vorgehen.

Denn 1952 kommt es außerdem zu innerparteilichen Auseinandersetzungen um den westdeutschen Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Die Grundentscheidungen in der CDU/CSU-FDP-Koalition im Bund für eine Westbindung und eine Wiederbewaffnung bedürfen als außen- und wehrpolitische Verträge der Zustimmung im Bundesrat.

Plötzlich verändert die Entscheidung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier (FDP/DVP) für eine Koalition mit der SPD, die den Beitritt zur Europäischen

Verteidigungsgemeinschaft strikt ablehnt, die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zugunsten der sozialdemokratisch geführten Länder. Außerdem empfinden viele eine derartige Koalition inzwischen als Verrat am mittlerweile entwickelten Konzept der FDP, sich möglichst überall im Rahmen eines sogen. 'Bürgerblocks' zu positionieren.

In dieser Situation verabschiedet der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Bielefeld am 25. Juli 1952 seinen "Aufruf zur nationalen Sammlung" mit dem Untertitel "Das Deutsche Programm". Dieses Programm löst zwar auch im Bundesvorstand endlich inhaltliche Diskussionen aus, diese führen jedoch immer noch nicht zu einer eindeutigen Entscheidung über den künftigen Weg der Partei. Deshalb wird im September 1952 eine Kommission zur Überarbeitung eingesetzt, der Blücher, Schäfer, Euler, Middelhaue, Rademacher und Ungeheuer angehören. Auch diese Kommission bleibt erfolglos; ebenso eine Aussprache im Geschäftsführenden Bundesvorstand am 6. Oktober 1952.

Also sehen sich die Delegierten zum Bundesparteitag im November 1952 in Bad Ems mit zwei gegensätzlichen Vorlagen konfrontiert: mit dem schon bekannten und umstrittenen "Aufruf zur nationalen Sammlung/Das Deutsche Programm" und mit einem neuen "Liberalen Manifest" - einem Gegenantrag des Landesverbandes Hamburg, im wesentlichen formuliert von Hermann Schäfer.

Die Gegensätze beider Programmwürfe werden in folgenden Punkten deutlich:

Das Deutsche Programm fordert: "Wiedergutmachung des Unrechts, das Nationalsozialismus, Siegerwillkür und Entnazifizierung schufen. Wir sagen uns los von den Urteilen der Alliierten, mit denen unser Volk und insbesondere sein Soldatentum diskriminiert werden sollten. ... Deutschland kann und wird nie auf das Recht der Rückkehr der vertriebenen Deutschen in ihre Heimat verzichten."

Das Liberale Manifest sagt dazu: "Das deutsche Volk hat einen unabdingbaren Anspruch auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts in innerer und äußerer Freiheit für alle Deutschen im Osten und im Westen. Wir fordern darum die Einheit Deutschlands. Sie kann nach unserer Überzeugung nur auf dem Wege der Vereinigung Europas und der Stärkung des Westens wiederhergestellt werden."

Die Bundespartei versucht 1952 diese Kontroverse mit Kompromissen bei den Vorstandswahlen und allgemein gehaltenen Formulierungen zu überbrücken. Folglich fällt in Bad Ems keine Entscheidung. Auch 1953 gehen weder ihr Wahl- und ihr Wirtschaftsprogramm, noch ihr "Manifest über Gesundheit, Freiheit und soziale Sicherheit" für den Bundestagswahlkampf auf diesen ernststen internen Richtungsstreit ein. Obwohl die Aufdeckung einer nationalsozialistischen Unterwanderung im Landesverband Nordrhein-Westfalen durch den britischen Geheimdienst diesen Parteiflügel schwächt und auch den Wahlkampf der Bundespartei beeinträchtigt.

Erst 1956 entschließt sich die Parteiführung zu einer politischen Profilierung, um regionale Auflösungstendenzen, Abspaltungen oder Resignation bei bis dahin aktiven Parteimitgliedern vorzubeugen, auch um die unerwartete Oppositionsrolle im Bund sinnvoll zu nützen. Im Januar 1957 wird das Berliner Programm verabschiedet, das erste Grundsatzprogramm der FDP.

In den Jahren zwischen 1949 und 1953 müssen die Hamburger Freien Demokraten in der Bürgerschaft die Oppositionsrolle üben, da der "Vaterstädtische Bund", den sie 1948 mit der CDU wegen des ungünstigen Mehrheitswahlrechts geschlossen haben, bei den Wahlen an der absoluten SPD-Mehrheit gescheitert ist. Erst 1953 gelingt ihnen als Teil des "Hamburg-Blocks" - einem Bündnis zwischen FDP, CDU, Deutscher Partei und BHE - ein knapper Sieg und damit eine Koalitionsregierung gegen die Sozialdemokraten bis 1957. Wir sehen daran, dass auch die Hamburger Freien Demokraten in dieser Zeit dem 'Bürgerblock-Denken' der Bundespartei und vieler Landesverbände nicht ablehnend gegenüberstanden, sondern diese Orientierung auch in Hamburg - trotz anderer Traditionslinien - umsetzen wollten.

In dem innerparteilichen Richtungsstreit besinnen sie sich allerdings mehrheitlich auf ihre liberaldemokratischen Wurzeln und auf die Positionen ihres Gründungsaufufes bzw. ersten Wahlprogramms. Zwar versuchen die Hamburger Repräsentanten im Bundesvorstand und im Bundestag lange Zeit beschwichtigend zu wirken, vielleicht weil sie sich dort mehr als in Hamburg zur Loyalität verpflichtet fühlen, aber letztlich kann doch dieses "Liberales Manifest" im Namen des gesamten Landesverbandes auf dem Bundesparteitag eingebracht werden. Der Riss durch die Bundespartei verläuft bezeichnenderweise den unterschiedlichen Gründungssituationen entsprechend: die Landesverbände Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wollen eine nationalliberale Sammelpartei rechts von der CDU - die

Landesverbände im Südwesten und in den Hansestädten wollen die FDP als liberale Mitte im Parteienspektrum der Bundesrepublik verankern.

3. Partei im Wandel: Reformen und liberale Grundsätze

Die Sechziger Jahre sind in vielfacher Hinsicht eine Zeit des Umbruchs; nicht nur, weil die Aufbauarbeit der Nachkriegsjahre endgültig abgeschlossen ist und die Bundesrepublik Deutschland als Staat einen festen Platz im westlichen Bündnissystem gefunden hat - sondern auch, weil die Großmächte USA und Sowjetunion sich wegen des atomaren Patts zu einer Verständigungspolitik gezwungen sehen, die völlig neue Entwicklungen einleitet.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sind wegen dieser veränderten Weltlage gezwungen, die alten Muster der deutsch-deutschen Konfrontation und Abschottung zu verlassen und eigene Wege zu einer gesamtdeutschen Verständigung zu suchen, um die internationalen Entspannungsbemühungen nicht länger zu stören. Die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen 1973 markiert eine wichtige Etappe in diesem Prozess.

Auch die westdeutsche Gesellschaft erfährt in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren tiefgreifende Veränderungen, die fast einer 'Kulturrevolution' gleichkommen und länger verzögerte Anpassungen an freiheitliche Moral- und Demokratievorstellungen ermöglichen. Dabei wirkt die Bildung einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD 1966 nur als Initialzündung für eine breite Protestbewegung aus außerparlamentarischer Opposition, Studentenrevolte und Bürgerinitiativen.

1968 wird dann zu einem Jahr des weltweiten studentischen Protestes, der sich in Wellen von West nach Ost fortsetzt: erst Nordamerika, dann Europa, dann Südamerika und schließlich einzelne Ostblockstaaten erfasst. Das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke löst in der Bundesrepublik vielerorts Oster-Unruhen aus, die Mai-Unruhen in Frankreich führen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen und einer Staatskrise.

In Bonn wirken folgende parlamentarische und gesellschaftspolitische Umstände belebend - ja, herausfordernd auf die FDP:

- die Oppositionsrolle von 49 liberalen Abgeordneten gegenüber einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD mit 447 Abgeordneten,
- die erneute Gefährdung der Partei durch ein von dieser Regierung geplantes Mehrheitswahlrecht,
- der Protest gegen die Notstandsgesetze, der weite Kreise der Bevölkerung und vor allem der Jugend politisiert,
- die unvermutete wirtschaftliche Rezession, die zwar dann mit einer Konzertierte Aktion und dem Stabilitätsgesetz von 1967 beherrschbar wird, aber dennoch viele Menschen nach all den Jahren mit ständigem Wachstum schockiert.

Dagegen wirkt der unerwartete Aufstieg einer rechtsextremen, nationalistischen Partei, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, alarmierend auf alle demokratischen Parteien.

Die Große Koalition wird von vielen Menschen als Gefahr für den Parlamentarismus empfunden und kann weder in der Außen- und Deutschlandpolitik noch bei den relevanten gesellschaftspolitischen Fragen neue Wege weisen. Die Sozialstruktur in der westdeutschen Gesellschaft hat sich verändert und damit auch das politische Bewusstsein vieler Bürger. Eine nüchterne Bestandsaufnahme der Regierungspolitik während zweier Nachkriegsjahrzehnte veranlasst viele mittlerweile zu nachdenklicher Kritik, viele Jugendliche und Studenten zu heftiger Opposition - ja, zum demonstrativen Protest. Deshalb werden in der Zeit der Großen Koalition plötzlich gesellschaftspolitische Entwicklungen sichtbar, die bisher verdeckt und unbeachtet blieben.

Während der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bereits im Oktober 1965 in seiner Denkschrift "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn" eine sorgfältige Prüfung und Neuformulierung der festgefahrenen deutschen Ostpolitik anregt, mit dem Ziel einer Aussöhnung Deutschlands mit seinen osteuropäischen Nachbarn - fordert die neue Nationaldemokratische Partei Deutschlands, die zwischen 1966 und 1968 Mandate für sechs Landesparlamente gewinnen kann, lautstark ein wiedervereinigtes, freies Deutschland in einem von Alliierten befreiten Europa und die Rückgabe aller ehemaligen deutschen Ostgebiete.

Im März 1967 veröffentlicht der Bundesschatzmeister der FDP, Hans-Wolfgang Rubin, einen politisch brisanten Artikel, "Die Stunde der Wahrheit", und eröffnet damit eine heftige, weit über die FDP hinausgehende, deutschlandpolitische Debatte.

Folglich wird die Ost- und Deutschlandpolitik zu einem beherrschenden Thema auf dem Bundesparteitag im April 1967 in Hannover. Bei den Debatten um eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der DDR brechen die Gegensätze unversöhnlich auf. Deshalb muss die weitere Ost- und Deutschlandpolitik der FDP noch offen bleiben.

Erst der Freiburger Parteitag Ende Januar 1968 macht den weiteren Kurs deutlich, als der neue Parteivorsitzende Walter Scheel in seiner Antrittsrede ausruft: "Liberale sind Reformer! ... Wir wollen eine neue Politik. Die Zukunft Deutschlands braucht eine neue Politik, und sie braucht eben darum die Liberalen; sie braucht unsere Partei, um diese Politik zu artikulieren und durchzusetzen."

Auf diesem Hintergrund kann die Umbruchsituation der Hamburger Freien Demokraten 1966 wenig überraschen:

- weder ihr Verlust von einem Viertel ihrer Wähler bei der Bürgerschaftswahl von 1966, durch die sie von zwölf auf acht Mandate zurückfällt,
- noch der darauf folgende Aufstand der Delegierten gegen das bisherige Rathaus-Establishment und seine Dauer-Koalitionen mit der SPD seit 1957, trotz absoluter Mehrheit der SPD,
- noch der nun beginnende geistige Aufbruch hin zu einer Reformpartei mit liberalen Grundsätzen und neuen Themenschwerpunkten.

All dies spiegelt die bundespolitische Krisensituation wider, allerdings zeitlich sehr früh und wirkt daher in der Rückschau von heute auf mich wie ein Seismograph, der Beben aufzeichnet, die Menschen noch nicht spüren.

Die praktischen Folgen dieses Aufbruchs erscheinen dagegen wieder symptomatisch:

- Zwar entscheiden sich die Delegierten gegen eine erneute Koalition mit der SPD und für die Oppositionsrolle; aber diese wird dann weiterhin von einem tagespolitischen Routinier dominiert - von dem Fraktionsvorsitzenden Müller-Link als "Mister FDP".

Somit bleibt der Eindruck der 'Ein-Mann-Partei', entstanden unter Edgar Engelhard, in der Öffentlichkeit bestehen.

- Zwar verabschieden die Delegierten nach ausführlichen Debatten ein Reform-Programm mit neuen politischen Thesen für die Bildungs-, die Standort- und die Ostpolitik, weil sie künftig eine liberale Grundsattpartei sein wollen statt eines bürgerlichen Korrektivs im Senat; aber bei der Aufstellung der Bürgerschaftsliste für 1970 bleibt Müller-Link, wenn auch knapp, Spitzenkandidat und erst auf Platz 5 erscheint mit Helga Schuchardt eine Vertreterin dieser neuen Reform- und Grundsattpartei.

Folglich markiert das Wahlergebnis von 1970 mit neun statt acht Abgeordneten keinen Durchbruch und die Entscheidung für eine Erneuerung der Koalition mit der SPD wirkt in Hamburg natürlich nicht reformerisch sondern pragmatisch, wie eh und je!

Dieses halbherzige 'sowohl als auch' kennzeichnet jedoch die schwierigen Wandlungsprozesse in vielen Landesverbänden, die erstmalig eine bundespolitische Umorientierung nachvollziehen müssen, weil diesmal die Bundespartei mit ihrer Entscheidung für die Sozialliberale Koalition 1969 die Vorreiterrolle übernimmt. Außerdem hat vielerorts seit 1966, verstärkt seit 1969, ein Mitglieder- und Wähler austausch begonnen, der die Fundamente der alten FDP angreift und auch zu starken Irritationen bei den Funktions- und Mandatsträgern führt.

Der Hamburger Landesverband hat zwar früher als andere die Unruhe umzusetzen versucht, wird aber dann vermutlich durch gewachsene Strukturen blockiert, so dass er erst bei der Bürgerschaftswahl 1974 mit einer völlig neuen Rathaus-Mannschaft, die nun auch zum Reform-Programm passt, antreten kann und 13 Abgeordnetenmandate gewinnt.

Genau zu dieser Zeit geht jedoch in Bonn die Sozialliberale Reform-Ära bereits zu Ende; deutlich markiert durch den Rücktritt Willy Brandts und die Wahl Walter Scheels zum Bundespräsidenten. Es folgen Regierungsjahre, die bis 1982 geprägt werden durch das Krisenmanagement von Pragmatikern wie Bundeskanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher. In der FDP treten erneut wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund, wie die Kieler Thesen von 1977 und die medienwirksamen Positionen des

Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff zeigen. Diese wirtschaftspolitische Positionierung der Bundespartei führt dann auch zum Bruch der Koalition 1982 und zur sogen. Wende.

Folglich agiert die Hamburger Bürgerschaftsfraktion, die als neues Team seit 1974 ihr Reform-Programm in einer Koalition mit der SPD überzeugend umzusetzen versucht, auf einer fiktiven sozialliberalen Stimmungsbasis von 1969/1972, die jedoch nach 1974 immer weniger dem Lebensgefühl und den Alltagsproblemen vieler Bürger und Wähler entspricht. Diese gesellschaftspolitische 'Verspätung' trägt 1978 vermutlich maßgeblich zur Wahlniederlage - ja, zum Absturz auf 4,8 Prozent bei. Denn die wachsende Diskrepanz zum Erscheinungsbild der Bundespartei wird gerade die neuen Wähler der reformierten Freien Demokraten gestört haben und der bereits erwähnte seismographische Effekt bei landespolitischen Wahlen in Hamburg kam verstärkend hinzu.

Aber bei der bundespolitischen Debatte über die Neue Ostpolitik können die Hamburger Liberalen überzeugend argumentieren, weil sie selbst bereits seit 1953/1957 ein eigenes Konzept ihres damaligen Hafensenators Ernst Plate - die "Politik der Elbe" - verfolgen und damit inzwischen reichlich Erfahrungen sammeln konnten. Diese frühe wirtschaftspolitische Orientierung nach Osten, die entsprechender außenpolitischer Rahmenbedingungen bedarf, hat wenig mit deutsch-nationalem Einheitsdrang zu tun sondern orientiert sich ganz pragmatisch an geopolitischen Bedingungen für Hamburg. Folglich gelingt den Hamburger Freien Demokraten auf dem Bundesparteitag 1968 eine überzeugende und mehrheitsfähige Formulierung zur Ostpolitik, die eine Brücke zu schlagen versucht.

Dem entsprechend bleiben diesem Landesverband manche Turbulenzen angesichts der dann auch schrittweise umgesetzten Neuen Ost- bzw. angefeindeten „Verzichtspolitik“ durch die Regierung Brandt/Scheel erspart, die in anderen Landesverbänden die Mitgliederstrukturen bereits stark verändern.

Dafür trifft die Hamburger Parteifreunde die bundespolitische Wende der FDP im viel zitierten Schicksalsjahr 1982 „mitten ins sozialliberale Herz“; löst Empörung – ja, Schmerz – und dann Auflösungserscheinungen aus. Der wirtschaftspolitisch begründete Scheidebrief von Graf Lambsdorff an die SPD ist eine logische Fortsetzung seiner Kieler Thesen, ein Teil der Partei hatte diese Richtung jedoch zu ignorieren versucht – nicht nur in Hamburg. Bundesweit kommt es zu Austrittswellen und alternativen Zusammenschlüssen in „Liberalen Vereinigungen“.

Aber in Hamburg verlassen politische Leitfiguren wie Helga Schuchardt die Partei, im Juni und im Dezember finden Bürgerschaftswahlen statt, auf dem Landesausschuss im November erfolgt ein Massenaustritt von Delegierten und Mitgliedern. Von diesem Aderlass an politisch engagierten Mitgliedern kann sich der Landesverband schwer erholen; gezielt organisierte Eintritte von Mitgliedern in einzelne Kreisverbände – mal Handwerker, mal Makler – tragen weder zur innerparteilichen Stabilisierung noch zur zeitgemäßen politischen Orientierung bei. Die Folgen sind weitere Austritte oder der Rückzug in eine Beobachterrolle. Ähnliche Vorgänge sind bundesweit zu beobachten, aber Landesverbände mit einem wirtschaftspolitischen Profil sind natürlich weniger betroffen.

4. Versuch und Irrtum: Die Ära der „Neuen Mitte“

Die Euphorie nach dem Fall der Mauer 1989 schwindet allmählich, es beginnt eine „bleierne Zeit“ tagespolitischen Stillstandes, in den späten 90er Jahren wird der Begriff der „Politikverdrossenheit“ zum Modewort – ja, zum Erklärungsmotiv für fast alles, was nicht gefällt bzw. nicht gelingt.

Dagegen suggeriert die Grüne Partei den Aufbruch in eine weltoffene Demokratie und Schröders Kunstbegriff von der Neuen Mitte spricht viele neue Wähler an; CDU und FDP wirken verbraucht, haben nichts Spektakuläres dagegen zu setzen.

Als dann jedoch 1998 einige Repräsentanten der 68er Bewegung – mit historischer Verspätung - endlich in Berlin die „Gestaltungsmacht“ bekommen, allen voran Schröder und Fischer als sogen. „Alpha-Tiere“, beginnt statt einer ernsthaften Reformpolitik eine Mediatisierung von politischen Auftritten, Posen und Schlagworten – das Politainment im Stil von Talk-shows rund um die Uhr. Dabei will bald keine Partei zurückstehen und so bekommen die Bürger immer mehr nur noch eine Boulevardisierung von Politik geboten; statt Konzepten, die eine Orientierung böten, setzen sich Einzelne selbstverliebt in Szene und formulieren völlig losgelöst von Parteiprogrammen heute diese und morgen jene Schlagzeile. Das hat Folgen für alle Parteien, denn sie verlieren seit 1998 beständig gerade langjährige Mitglieder, die sich inzwischen als Staffage missbraucht fühlen. Am Härtesten trifft es jedoch die Partei des sogen. Medienkanzlers, sie verliert ein Viertel ihrer Mitglieder – die Grünen dagegen nur ein Siebtel.

Der Hamburger Landesverband versucht bei dieser Mediatisierung Schritt zu halten, allerdings mit seinem üblichen „sowohl-als-auch-Modell“; d.h. seriöse Kandidaten werden modisch verkleidet und der bewährte Bundestagsabgeordnete wird vom „Spaßwahlkampf“ samt Selbstsuggestion über das „Projekt 18“ nahezu zugedeckt. Der Medienkontroverse „Möllemann gegen Friedman – Friedman gegen Möllemann“ können sich auch die Hamburger Liberalen im Straßenwahlkampf nicht entziehen, sie trägt Zwietracht in die eigenen Reihen.

Dieser Spagat führt jedoch eher zu einem Austausch von Mitgliedern und dann auch Wählergruppen, als zu dauerhaften Zuwächsen und endet in zu vielen Wahlkreisen mit einem „Nullsummenspiel“. Auch viele norddeutsche Liberale glauben anscheinend nicht mehr an die Kraft ihrer erfahrungspolitisch geprägten Argumente – geschweige denn an die stets beschworene Vernunft der „mündigen Bürger“. Warum sollte dies dann der Wähler noch tun? Die traditionelle Parteiendemokratie scheint am Ende – es lebe die kommerzialisierte Mediendemokratie!

Zwischenzeitlich ist jedoch auch die Scheinblüte der new economy verwelkt und hat dabei nicht nur Visionen vom leichten Geldgewinn sondern auch zahlreiche Existenzen ruiniert. Im Prinzip erreichen die negativen Auswirkungen irgendwann alle Menschen, aber etliche neue Sympathisanten der Liberalen scheinen unmittelbarer getroffen: Ihr Lebensgefühl und ihre Lebensplanung müssen schmerzhaft revidiert werden, denn Hedonisten passen nicht mehr in die eher graue Realität.

Folglich finden vielerorts nach hektischen Anschuldigungen und Fehlerzuweisungen vermehrt Analysen statt, gefolgt von einer gewissen Nachdenklichkeit – und zwar in Wirtschaft und Politik. Inzwischen wird eine Rückbesinnung auf frühere Lebens- und Politikformen öffentlich diskutiert, aber die simple „Rolle-rückwärts“ ist angesichts der aktuellen Vorstellungen von einer zwangsläufigen Globalisierung des Wirtschaftslebens und angesichts der Medienmacht einzelner Verlagshäuser unrealistisch.

Deutschland befindet sich in einem Übergangsprozess und die liberale Partei müsste sich wieder einmal dem entsprechend „neu erfinden“ – ähnlich wie in den sechziger Jahren als „alte Zöpfe“ abgeschnitten und die Freiburger Thesen formuliert wurden. Ein abrupter

Wechsel vom „Projekt 18“ zurück zur reinen Funktionspartei, die vor allem um Zweitstimmen wirbt und nur einen bestimmten Koalitionspartner für denkbar hält – das kann kein Modell für die Zukunft des organisierten Liberalismus in Deutschland sein. Das wirkt wie eine Verlegenheitslösung aus Unsicherheit und Mangel an Phantasie – ja, fast wie eine panische Reaktion angesichts der unverhofften Neuwahlen, um diesmal unbedingt „auf der sicheren Seite“ zu sein.

Rück- und Ausblick

Jeder Kenner dieses Landesverbandes wird im bisherigen Text Betrachtungen zur häufig zu beobachtenden „Sonderrolle“ der Hamburger innerhalb der Bundespartei vermissen, in der sie eher mit Argwohn denn mit Wohlwollen behandelt werden. Diese undankbare Position verdanken sie z.T. dem häufigen Wechsel im Landesvorsitz, insbesondere seit 1980, der vertrauensvolle Beziehungen nicht gerade begünstigt; z.T. dem Abwehrreflex des jeweiligen Landesvorstandes gegenüber dem Bundesvorstand – vermutlich eine Form von Hanseatenstolz; z.T. der hiesigen Neigung selbst hier in der Partei Unbekannte zu Spitzenkandidaten bei den Bürgerschaftswahlen zu machen, obwohl Wahlkämpfe mit „Außenseitern“ besonders mühevoll und riskant verlaufen können – spätere Fraktionsarbeit ebenso.

Meistens waren dies jedoch freie und demokratische Spontan-Reaktionen auf die Besonderheiten in der Hamburger Landespolitik, wie die hier beliebte Wiederholung von Bürgerschaftswahlen, bzw. das Verkürzen von Legislaturperioden oder das plötzliche Aufblühen von neuen populistischen Organisationen, die als STATT-Partei und Schill-Bewegung sofort mehr Zustimmung fanden als die etablierte FDP.

Derartige Sonderentwicklungen eignen sich wenig für einen landes- bzw. bundespolitischen Vergleich, sind jedoch wichtig für eine Analyse innerhalb des Landesverbandes:

Hier mangelt es seit langem an der nötigen Stetigkeit, um eine landespolitische „Marke“ zu entwickeln, die von vielen großstädtischen Wählern mit „liberalem Lebensgefühl“ wiedererkannt werden könnte. Sprunghaftes reagieren und modische Anpassungen - ja, Verkleidungen - sind der falsche Weg, um Wähler an sich zu binden; das haben die

Wählerwanderungen bei den letzten bundes- und landespolitischen Wahlen in Hamburg deutlich gezeigt. Statt dessen sollten verstärkt und dauerhaft (!) regionale Bezüge erarbeitet, eigene Positionen formuliert und dann geduldig (!) öffentlich vertreten werden. Wahlerfolge für Kommunalparlamente und Landtage basierten in jüngster Zeit nicht mehr auf einem bundespolitischen „Einheitsbrei“ sondern auf einem regionalpolitischen Profil aus Personen und Themen. Seitenlange Grundsatzprogramme sind vor Ort eher unwichtig.

Also:

- von der Defensive in die Offensive;
- eine langfristiger angelegte Personal- und Themenpolitik – auch wenn steife Winde wehen;
- etwas weniger „hanseatisches Lebensgefühl“ gegenüber auswärtigen Parteifreunden.
-

Vielleicht stellen sich ja dann wieder dauerhafte Wahlerfolge für die Bürgerschaft ein, ähnlich wie in den Nachkriegsjahrzehnten.

Gründung und Geschichte der FDP in Hamburg bis 1949

von Leif Schrader

Am 3. Mai 1945 war der zweite Weltkrieg für Hamburg vorbei. Kampflos übernahmen die britischen Truppen die Verwaltung der Stadt. Wie in allen westlichen Besatzungszonen beabsichtigten die Sieger den Wiederaufbau einer parlamentarischen Demokratie und genehmigten am 15. September 1945 die Gründung deutscher Parteien.

Unter dem Namen „Partei Freier Demokraten (PFD)“ begann am 20. September die Geschichte der Hamburger FDP. Auch diese Neugründung hatte ihren Vorlauf. Noch vor der Genehmigung deutscher Parteien gründeten Hamburger Liberale, die während der NS-Diktatur im Untergrund gearbeitet hatten, den „Bund Freies Hamburg (BFH)“ wenige Tage nach der Kapitulation. Dieser ging aus der Gruppe „Freies Hamburg“ (auch „Q“ genannt) hervor, welche 1933 nach der NS-Machtergreifung durch den Hamburger Rechtsanwalt Dr. Friedrich Ablass gegründet wurde. Sie war Sammelpunkt ehemaliger Mitglieder der Liberalen Parteien der Weimarer Republik, aber auch Mitglieder anderer Parteien oder parteipolitisch ungebundener Personen, die in liberalem Umfeld Widerstand leisten wollten.

Stand am Anfang der Aktivitäten dieser Gruppe sich treuer alter Liberaler noch scheinbar unpolitisches wie Kegeln und Ausflüge, um den Spitzeln der Gestapo nicht aufzufallen, begann sehr schnell ein intensives Vernetzen der verbliebenen freiheitlichen Kräfte. Das Gründungs- und langjährige Ehrenmitglied der Hamburger FDP, Alfred Johann Levy, gründete mit 10 Mitstreitern an der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße und Düsternstraße ein kleines Cabaret, den sogenannten „Bronze-Keller“. Mit künstlerischem Programm, das nicht zuviel Verdacht erregte, wurde eine Gelegenheit für die Hamburger Liberalen geschaffen, regelmäßig zusammenzukommen. Die Engagements der Künstler – ausschließlich liberale Freunde – in anderen Städten sorgten für den Erhalt der liberalen Verbindungen. Nicht zuletzt die Tatsache, dass dieser Treffpunkt bis 1945 funktionierte, ist ursächlich dafür, dass sich Hamburger Liberale so kurz nach dem Krieg wieder organisieren konnten und damit an der Spitze aller späteren FDP-Landesverbände standen.

Im Zentrum des politischen Programms des „Bundes Freies Hamburg (BFH)“, der sich zunächst überparteilich verstand, standen somit auch die grundlegenden Bürgerfreiheiten wie Rede- und Versammlungsfreiheit, Koalitions- und Meinungsfreiheit, deren Aufnahme in ein späteres Grundgesetz noch keineswegs selbstverständlich erschien.

Im Sommer 1945 kündigte die britische Besatzungsmacht an, Parteien künftig wieder zulassen zu wollen, innerhalb ihrer Zone zunächst auf Landkreisebene, in Hamburg aufgrund alter staatlicher Tradition für die gesamte Stadt. War zunächst die Gründung einer eigenständigen liberalen Partei noch nicht Ziel des BFH, bildete sich doch die Sammlung der politischen Kräfte in einer sozialdemokratischen, einer christlich-konservativen und einer liberalen Partei in Hamburg heraus.

Am 20.September um 18.00 Uhr begann somit die Gründungsversammlung der „Partei Freier Demokraten (PFD)“ in einem Hörsaal der Universität in der damaligen Bornstraße, dem heutigen politologischen Institut am Allendeplatz, unter der Leitung von Dr. Friedrich Ablast.

98 Gründungsmitglieder nahmen an ihr teil, diese Zahl schloss auch eine Reihe von Gründern mit ein, die nicht aus dem BFH hervorgegangen waren, sondern eigenständig liberale Kreise nach dem Krieg aufgebaut hatten.

Gründungsvorsitzender wurde Christian Koch, Stellvertreter Eduard Wilkening. Dem Gründungsvorstand gehörten weiter an: Dr. Friedrich Ablast, Wilhelm Bornbusch, Johannes Büll, Dr. Emilie Kiep-Altenloh, Eduard Sussmann und Alfred Zarse.

Als Gründungsaufruf beschloss die Versammlung den folgenden Text:

„Aufruf

Die Partei Freier Demokraten will die Männer und Frauen zusammenschließen, die unter Ablehnung doktrinärer Bindungen und gesellschaftlicher Vorurteile, auf dem Boden demokratischer Gesinnung stehend, sich zu folgenden programmatischen Grundsätzen bekennen: Neuaufbau der deutschen Republik auf demokratischer, föderativer Grundlage, Wiederherstellung der Gewissensfreiheit, Pressefreiheit, Redefreiheit, Freiheit der Lehre, Forschung und Wissenschaft.

Austilgung jeglichen militaristischen Geistes aus dem Leben, aus Lehre, Schrift und Bild.

Ablehnung jeglichen Diktaturgedankens.

Wiederherstellung der Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Unverletzlichkeit der Person und ihr Schutz gegen Willkür staatlicher Organe.

Ordnung der Finanzen auf anständige und ehrliche Art unter Berücksichtigung der Tatsache des völligen Zusammenbruchs des Reiches. Gründliche Finanzreform und unbedingte Vermeidung einer Inflation, wie sie – gleich einer Art betrügerischen Bankrotts – nach dem ersten Weltkrieg herbeigeführt wurde.

Verwaltungsreform in Staat und Gemeinde unter dem Gedanken, dass ein ruiniertes und eine völlig verarmte Bevölkerung sich den Luxus eines übersetzten Verwaltungs- und Behördenapparates nicht leisten kann, dass daher strengste Sparsamkeit und Beschränkung auf die notwendigsten Aufgaben Pflicht der Verwaltung ist. Durch ehrenamtliche Mitarbeit, Beiräte, ist die Durchführung dieser Grundsätze zu gewährleisten.

Beseitigung aller führenden Nationalsozialisten aus ihren Stellungen in Staat, Verwaltung und Wirtschaft.

Persönliche Verantwortlichkeit aller aktiven Politiker für die Folgen ihres Handelns; deshalb die Bestrafung aller führenden Nationalsozialisten.

Wiederherstellung der freien Wirtschaft, soweit dadurch Staat und Volk nicht geschädigt werden.

Überführung der Bodenschätze in die Hand der Allgemeinheit.

Gerechte Verteilung des Grund und Bodens zugunsten des Kleinbauern und Siedlers.

Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Zur Erfüllung dieser Pflicht ist jedes anständige Mittel recht. Zu dieser Pflicht gehört der Schutz der Verbraucher vor Ausbeutung.

Beseitigung der Wohnungsnot.

Errichtung eines sozialen Staates, der den schaffenden Menschen von der Sorge vor Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter freihält und sich tatkräftig der Kriegsoffer bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit des Staates annimmt.

Erziehung aller Staatsbürger im demokratischen Staat zur höchsten Leistungsfähigkeit und voller sittlicher Verantwortung.

Aufbau des gesamten öffentlichen Lebens in der Art, dass nur Befähigung und Neigung über die Zulassung zu den höheren und mittleren Schulen entscheiden.

Eine freie Jugend, die sich ihrer Verantwortung der Allgemeinheit und sich selbst gegenüber bewusst ist, die Achtung und Ehrfurcht vor dem Alter und dem Gewordenen kennt, die sich frei hält von den militaristischen Gedanken und bereit ist, freiwillig an dem Aufbau des Staates mitzuarbeiten.

Das Ziel der Partei Freier Demokraten ist, das Ansehen des deutschen Volkes wieder herzustellen. Das wird erreicht durch die Erkenntnis, dass wir von den Verbrechen der vergangenen 12 Jahre abrücken und den ernsten Willen haben, alles zu tun, was in unserer Macht liegt, in der Zukunft wieder gut zu machen, was in der Vergangenheit unter Missbrauch des Namens des deutschen Volkes gesündigt worden ist.

Das letzte, höchste Ziel der Partei Freier Demokraten ist, Deutschland im Geiste der Völkerversöhnung wieder einzugliedern in die Gemeinschaft der Nationen, es wieder teilnehmen zu lassen an dem internationalen Austausch wirtschaftlicher und kultureller Güter zum Wohle der Menschheit.“

Am 27. September erfolgte auf einer weiteren Sitzung der Beschluss über die erste Satzung der PFD. Am 4. Oktober 1945 wurde der Antrag auf Zulassung der neuen Partei gestellt, den die britische Militärverwaltung am 22. November bewilligte.

Um eine Zersplitterung des Parteiwesens wie in der Weimarer Republik leidvoll erfahren zu vermeiden, legten die Briten Wert auf eine gesamtzonale Ausdehnung der Parteien und förderten diese entsprechend. Um ein Ausscheiden aus dem Kreise der überregional relevanten Kräfte zu verhindern und weniger aus eigenem Antrieb trafen sich Delegierte der verschiedenen regionalen liberalen Parteien am 7./8. Januar in Opladen, um den Zusammenschluss in einer gesamtzonalen Partei zu diskutieren. Nach anfänglichem Widerständen besonders aus dem Kreis der PFD, stimmten die Hamburger schließlich doch zu. Der Name der neuen Partei lautete auf Hamburger Vorschlag: Freie Demokratische Partei. Nach Zulassung des Zusammenschlusses folgte der erste Parteitag der „Freien Demokratischen Partei/britische Zone“ vom 18. bis 20. Mai in Bad Pyrmont.

In Hamburg wurde im September 1946 eine Bürgerschaft gebildet, wenngleich nicht aufgrund einer Wahl, sondern durch Ernennung der Abgeordneten durch die britischen Behörden. Vertreter der Parteien waren in der Minderheit, berücksichtigt wurden vor allem berufsständische Gruppen. Zu den Aufgaben dieses Parlamentes zählte neben der Vornahme der Entnazifizierung die Vorbereitung einer Verfassung und von demokratischen Wahlen, die am 13. Oktober stattfinden sollte. Dabei wurde ein reines modifiziertes relatives Mehrheitswahlrecht angewendet, was die zahlreichen parteilosen Kräfte der ernannten Bürgerschaft benachteiligte. Schon bald wurden deshalb Vorschläge an die junge FDP herangetragen, sich mit allen bürgerlichen Kräften in einer Sammlungspartei zu vereinigen. Dies lehnten die Liberalen und bemühten sich, mit der zentralen Forderung nach freier Marktwirtschaft sich sowohl zu der neuen CDU als auch nach links im kommenden Wahlkampf abzugrenzen.

Zwar erzielte die FDP knapp über achtzehn (!) Prozent der Wählerstimmen, konnte wegen des Wahlrechts jedoch nur mit sieben Mandaten in die Bürgerschaft einziehen. Wahlgewinner wurde Max Brauer (SPD), der eine absolute Mehrheit im Parlament hinter sich hatte. Dennoch bot er allen Parteien Verhandlungen über eine Koalitionsregierung an. Gemeinsam mit der KPD trat die FDP in die Regierung ein. Von Anfang an konfliktträchtig war dabei das neu zu beschließende Wahlrecht, dass die FDP erfolglos in ein Verhältniswahlrecht

umzugestalten versuchte. Dieses und die auf Bundesebene bestehende Zusammenarbeit mit der CDU führten schließlich zu einem Wahlbündnis mit Hamburgs CDU und der Deutschen Konservativen Partei, dem „Vaterstädtischen Bund Hamburg (VBH), der mit dem Ziel zur zweiten freien Bürgerschaftswahl nach dem Krieg antrat, die SPD abzulösen. Dieses Ziel gelang nicht, die FDP verbrachte die folgende Legislaturperiode in der Opposition, wurde aber zunächst bis 1978 zu einem bedeutenden Faktor in der Hamburger Politik.

Vorsitzende der FDP-Fraktion
In der Hamburgischen Bürgerschaft

1946-1949	Eduard Wilkening
1949-1953	Edgar Engelhard
1953-1957	Anton Leser (Vorsitzender der FDP-Gruppe im Hamburg-Block)
1957-1961	Peter-Heinz Müller-Link
1961-1966	Dr. habil. Alfred Frankenfeld
1957-1962	Peter-Heinz Müller-Link
1974-1976	Gerhard Moritz Meyer
1976-1978	Maja Stadler-Euler
1987-1991	Dr. Frank-Michael Wiegand

1991-1993

Reinhard Soltau

2001-2004

Burkhardt Müller-Sönksen

Abgeordnete der Hamburger FDP
Im Deutschen Bundestag

1949-1953

Dr. Hermann Schäfer
Willy Max Rademacher

1953-1957

Dr. Hermann Schäfer (bis Februar 1956, Parteiaustritt)
Willy Max Rademacher

1957-1961

Willy Max Rademacher
Dr. Rolf Dahlgrün

1961-1965

Dr. Rolf Dahlgrün
Willy Max Rademacher
Dr. Emilie Kiep-Altenloh

1965-1969

Dr. Rolf Dahlgrün

1969-1972

Victor Kirst

1972-1976

Victor Kirst
Helga Schuchardt

1976-1980

Helga Schuchardt

1980-1983

Helga Schuchardt (bis Februar 1983, Parteiaustritt)

	Rainer Funke Prof. Dr. Klaus Brunnstein (ab Februar 1983, nachgerückt)
1987-1990	Rainer Funke
1990-1994	Rainer Funke Dr. Cornelia von Teichman
1994-1998	Rainer Funke
1998-2002	Rainer Funke
2002-2005	Rainer Funke
seit 2005	Burkhardt Müller-Sönksen

Mitglieder der FDP
im Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

1946-1949	Christian Koch (2. Bürgermeister) Johannes Büll Ludwig Hartenfels
1953-1957	Edgar Engelhard (2. Bürgermeister) Dr. Emilie Kiep-Altenloh Dr. Hans-Harder Biermann-Ratjen Johannes Büll Ernst Plate
1957-1961	Edgar Engelhard (2. Bürgermeister) Dr. Emilie Kiep-Altenloh

	Dr. Hans-Harder Biermann-Ratjen
1961-1966	Edgar Engelhard (2. Bürgermeister) Dr. Hans-Harder Biermann-Ratjen Peter-Heinz Müller-Link
1970-1974	Hans Rau (2. Bürgermeister) Reinhard Philipp
1974-1978	Prof. Dr. Dieter Biallas (2. Bürgermeister) Dr. Rolf Bialas Prof. Dr. Ulrich Klug (bis Februar 1977) Gerhard Moritz Meyer (ab Februar 1974)
1987-1991	Prof. Dr. Ingo von Münch (2. Bürgermeister) Wilhelm Rahlfs
2001-2004	Rudolf Lange (bis November 2003) Reinhard Soltau (ab November 2003)

Landesvorsitzende
der Hamburger FDP

1945-1946	Christian Koch
1946-1958	Willy Max Rademacher
1958-1966	Edgar Engelhard
1966-1969	Willy Max Rademacher

1969-1975	Herman F. Arning
1975-1980	Helga Schuchardt
1980-1983	Prof. Dr. Klaus Brunnstein
1983-1985	Peter-Heinz Müller-Link
1985-1987	Prof. Dr. Ingo von Münch
1987-1993	Robert Vogel
1993-1995	Rainer Funke
1995-1996	Dr. Dr. Hans Joachim Widmann
1996-1997	Arndt Brummer
1997	Dr. Frank-Michael Wiegand
1997-1999	Rainer Funke
1999-2001	Kurt Hansen
2001	Rudolf Lange
2001-2003	Reinhard Soltau
seit 2004	Leif Schrader

Herausgeber und V. i. S. d. P.:

Freie Demokratische Partei

Landesverband Hamburg

Willy-Brandt-Straße 63

20457 Hamburg

Tel: 040 / 30 99 88 – 0 , Fax: 040 / 30 99 88 – 31

office@fdp-hh.de, www.fdp-hh.de